

Mietentwicklung

Rot-Rot streitet um Berliner Sozialmieten

Die Linke hat das Konzept des Senats gekippt. Der wollte Mietobergrenzen für Sozialwohnungen in 14 Problemkiezen in Wedding, Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg einführen. Doch jetzt drohen den Berlinern höhere Wohnkosten.

Die rot-rote Koalition hat sich über die Mietenpolitik in Berlin zerstritten. Die Fraktion der Linken ist nicht bereit, das von der SPD bevorzugte Konzept einer Mietobergrenze für Sozialwohnungen in Problemkiezen mitzutragen. „Unsere Meinungen gehen da auseinander“, sagte Linken-Fraktionschefin Carola Bluhm. „Das ist ein unfreundlicher Akt“, stellte der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller fest.

Erst am Dienstag hatte der Senat das „Mietkonzept 2009“ einstimmig verabschiedet. Am Mittwoch dann ließ die Fraktion der Linken im Hauptausschuss das Vorhaben platzen, die Mieten für 6200 Sozialwohnungen in 14 belasteten Gebieten in Wedding, Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg zu begrenzen. Rot-Rot vertagte auf Druck der Linken das Thema, weil noch „Klärungsbedarf“ bestehe. „Ich bin empört“, sagte Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD).

Wenn das Mietenkonzept 2009 nicht spätestens auf der Hauptausschusssitzung am 18. März verabschiedet wird, steigen für die betroffenen Sozialmieter zum 1. April die Mieten um 13 Cent pro Quadratmeter.

Der Senat hatte beschlossen, die Mieter von Sozialwohnungen in Problemgebieten, die vom Abbau der Wohnbauförderung betroffen sind, mit 3,46 Millionen Euro aus Landesmitteln jährlich zu entlasten und dort die Mieten auf 5,35 Euro zu begrenzen.

Das Konzept stellt bereits einen Kompromiss dar. Ursprünglich wollten die SPD-Fraktion und Senatorin Junge-Reyer Kappungsgrenzen für 50.000 Sozialwohnungen einführen. Auf Druck des Finanzsenators Thilo Sarrazin (SPD), der die hohen Folgekosten fürchtete, sollten nun Miet-Subventionen nur für Problemquartiere fließen, um zu verhindern, dass Leute dort wegziehen, deren Miete nicht vom Staat bezahlt wird. „Wir müssen diese Gebiete sozial stabilisieren, und die Kappungsgrenze kommt den Mietern dort direkt zugute“, sagte Junge-Reyer.

Die Linken monieren, dass niemand sagen könne, wie sich die Subvention auf die Kieze tatsächlich auswirke. Die Hilfe komme nicht den Mietern, sondern den Vermietern zugute, sagte Fraktionschefin Bluhm. Aus dieser teuren „Objektförderung“ im Wohnungsbau ist Berlin bewusst 2003 ausgestiegen. Die Linke wolle nun ein Konzept für einen Systemwechsel vorstellen.

SPD-Chef Müller sieht einen grundlegenden sozialpolitischen Konflikt zwischen den Koalitionspartnern. „Die Linke muss sich überlegen, ob sie nur noch für Hartz IV-Empfänger Politik machen will“, sagte Müller. Für Menschen, die ihre Miete noch selbst verdienen, tue sie nichts. „Wer 30 Euro mehr verdient fällt aus jeder Hilfe raus“, sagte Müller. Die SPD als Volkspartei habe den Anspruch, auch für diese Bürger etwas zu tun. Die Linke habe sich in ihrer Politik auf Themen für den Osten und Hartz IV festgelegt, so der SPD-Chef.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) hält zwar das Mietenkonzept auch nicht für eine langfristige Lösung, kann aber das Verhalten der Linken nicht nachvollziehen. „Die Linkspartei schlägt den Sozialmietern ins Gesicht. Die steigenden Mieten muss dann eine Partei verantworten, die sich angeblich für die sozial Schwachen einsetzt“, so BBU-Vorstandsmitglied Ludwig Burkardt. Das Mietenkonzept 2009 gewähre den Sozialmietern wenigstens eine Atempause.

Auch Hartmann Vetter vom Berliner Mietverein ist kritisch: Die Linken machten es sich zu einfach, „wenn sie in der Kappungsgrenze lediglich eine Subvention für die Hauseigentümer sehen.“ Die Erwartung, dass die Eigentümer in diesen Gebieten gar keine Mieterhöhungen

durchsetzen könnten, sei „schlicht falsch“. Auch ein Umzug koste schließlich Geld. „Die Armen werden wohnen bleiben, wer es sich leisten kann, zieht weg“.

Berliner Morgenpost vom 4. März 2009